Cottbuser
Herzblatt
Chośebuska wutšobka
Die linke Zeitung aus der roten Ecke
23. Jahrgang / Nr. 06 (251) Juni 2013 Bitte 1,00 Euro spenden

In dieser Ausgabe

Seite 6: Und die Moral von der Geschicht...

Seite 7/8: 20 Jahre Tafel: Kein Grund zum Feiern

Seite 11: Gute Nachhilfe in Sachen Geschichte

Viel Erfolg und Durchhaltevermögen!

Es ist schon bemerkenswert, wie sich von Woche zu Woche alle Parteien mehr und mehr auf die bevorstehenden Wahlkämpfe einstellen.

Auch ist schon zu sehen, wie sich unsere unabhängigen Medien dazu positionieren. Auf jeden Fall nicht pro LINKE, sonst wären sie ja auch nicht unabhängig. Aber dazu später etwas mehr.

Jetzt gibt es aber schon Stimmen in unseren Reihen, die sagen, dass auch wir einen Zahn zulegen müssen. Das werden wir, liebe Genossen und Freunde! Ich habe da volles Vertrauen in unser Wahlkampfteam um Matthias, André und Christopher. Wir werden auch getreu unseres bewährten Leitmotives handeln, eine Partei für den Alltag und nicht nur für den Wahltag zu sein!

Unabhängig davon ist es trotzdem notwendig (denkt an die unabhängigen Medien), mit neuen zeitnahen Methoden auf unsere Wahlziele und unsere Kandidaten aufmerksam zu machen. Und das trifft nicht nur auf den Bundestagswalkampf 2013 zu, sondern muss sich über die Europawahl, die Kommunal- und Landtagswahl und die Oberbürgermeisterwahl 2014 fortsetzen. Ein ganz harter Brocken für Wahlkämpfe, die klug organisiert sind, und in denen wir auch mit unseren vorhandenen Ressourcen effektiv umgehen müssen. Wir sind dafür personell und finanziell gut aufgestellt und werden Einiges tun, um unseren Beitrag dafür zu leisten, dass eine starke LINKE in Deutschland weiterhin für soziale Gerechtigkeit und ein lebenswertes Leben für alle Menschen eintritt.

Doch zurück zu den Medien. Da gibt es eine Lausitzer Tageszeitung, die sich auch gern „unabhängig“ nennt. Scheinbar steht das aber nicht bei ihrer Lokalredaktion als Credo ihres Handelns. Da berichtet sie von einem beschlossenen Haushalt, wo nur die FDP diesem nicht zustimmte, und liefert auch gleich noch die Argumente der Partei dafür nach. Denn wir Stadtverordnete hörten diese bis dato nicht, weder in den Ausschüssen, noch zur Beratung in der Stadtverordnetenversammlung. Danke, liebe Tageszeitung!

Auch dem wahrscheinlich freien Mitarbeiter Bialas widmet sie zusehend viel Aufmerksamkeit, und wenn es eine halbe Seite Wert ist, von jedem Bürger einen Euro ab zu nehmen, wenn er den Wertstoffhof in Cottbus zukünftig weiter nutzen möchte. Dass dann vielleicht wieder mehr in unseren Wäldern zu finden ist, wird nicht einmal hinterfragt.

Man kann ja alles und vieles berichten, nur darf dem mündigen Bürger dieser Stadt nicht vermittelt werden, dass Politik in dieser Stadt von Herrn Bialas und der FDP gemacht wird. Sonst hätte man dem mündigen Bürger auch einmal kluge und stichhaltige Argumente der Mehrheit der Stadtverordneten zu den Aussprachen zum Haushalt mitgeteilt. Doch diese fehlen leider bis heute. Dann darf man schon mal die Unabhängigkeit hinterfragen!

Aber eines tröstet uns: Wenn schon mal über unsere Aktivitäten berichtet wird, dann fehlt meistens hinter den Personen in Klammern LINKE und Veranstaltungen, wie die offene Mitgliederversammlung zum Thema Energie in Sandow, waren dann eben eine Bürgerversammlung. Es freut uns, sind wir doch in Cottbus mit fast 30 Prozent Stimmenanteil auch erwähnt worden. In diesem Sinne viel Erfolg und Durchhaltevermögen!

Jürgen Siewert,
Vorsitzender Ortsvorstand

DIE LINKE.

Wortmeldung des Bundesvorstandes des Forums demokratischer Sozialismus (fds)

Zum zweiten Wahlprogrammentwurf der Vorsitzenden der Partei DIE LINKE

1. Das beste Wahlprogramm aller Parteien müsste unserer Auffassung nach eine realistische Sicht auf die uns umgebenden gesellschaftlichen Herausforderungen haben.

„Soziale Gerechtigkeit ist das Programm der LINKEN.“ Ja! Und zwar in einem ganz umfassenden Sinn – bezogen auf die heute Erwerbstätigen und Erwerbsfähigen wie die, die schon den Ruhestand erreicht haben, und auf die, die „das Leben noch vor sich haben“.

Ja, wir wollen Armut beseitigen. Aber wir wollen noch mehr: Wir wollen auch dafür sorgen, dass Armut möglichst erst gar nicht entsteht. Und wir wollen nicht nur mehr Geld von den Reichen zu den Armen geben, sondern die Verhältnisse so ordnen, dass man auch ganz schnell wieder aus der Armut raus kommt.

Mit allem, was wir vorschlagen, sind wir auch die Partei, die den Mittelschichten sozialen Stress und Ängste nehmen will. Ängste vor Absturz und endgültigem Chancenverlust; Stress angesichts elementarer Lebenshaltungskosten, die der Einkommensentwicklung davon laufen.

Wir sehen zudem, dass die soziale Polarisierung nicht nur allgemein zwischen oben und unten stattfindet, sondern in der Tendenz auch ganze Regionen abhängt und Potenziale anderswo bündelt (was nicht heißt, dass dort alle in Wohlstand leben). Diese regionale Polarisierung kennen wir aus ostdeutscher Erfahrung besonders genau – wir haben aber auch Erfahrungen und Ideen, wie man hier im Interesse von Menschen politisch gestalten kann.

In dem kürzlich vorgestellten „LINKE(n)-Strukturentwicklungsprogramm einer sozial-ökologischen und demokratischen Entwicklungsperspektive der Regionen“ (Christoffers/Holter/Lederer) sind diese Erfahrung nicht nur gebündelt, sondern aus unserer Sicht so aufbereitet, dass sie auch einen Ansatz für die Bewältigung von Problemen in gefährdeten Regionen in Westdeutschland darstellen. Das ist ein großer Schritt nach vorn, der sich im Wahlprogramm auch entsprechend widerspiegeln muss.

Wir finde es auch sehr gut, dass sich Genossinnen und Genossen aus der Generation 30plus zu diesem Ansatz öffentlich bekannt und ihre weitergehenden Erwartungen an ein „neues Solidarversprechen“ geäußert haben.

Unsere Partei hat mit dem Göttinger Parteitag einen Generationswechsel eingeleitet – und die Sichten und Erwartungen derer, die jetzt in die vorderen Reihen treten, müssen auch authentisch formuliert und artikuliert werden.

2. Das beste Wahlprogramm aller Parteien sollte zwischen Grundsatzprogramm und Aufgaben der nächsten vier Jahre differenzieren und den wichtigen Erfahrungen der Genossenschaft „Fair Wohnen“ programmatisch Rechnung tragen.

Die bislang erfolgreiche Arbeit am Wahlprogramm ist auch dadurch möglich geworden, dass DIE LINKE seit Erfurt ein breit akzeptiertes Grundsatzprogramm hat. Darin machen wir deutlich, wie die Gesellschaft aussehen sollte, wie sie künftig aussehen muss, was wir hier und heute dafür tun wollen und werden. Auf dieses Grundsatzprogramm können wir jederzeit verweisen.

Jetzt legen wir ein Wahlprogramm vor. Dieses Wahlprogramm geht von derselben Gesellschaft und denselben Grundproblemen aus wie auch das Grundsatzprogramm. Und es richtet ebenso den Blick über den Tag hinaus – aber dazwischen geht es vor allem um die Dinge, die in den nächsten vier Jahren getan werden müssen.

Nicht das Ganze – sondern das Dringendste. Nicht das Maximale, sondern das, was möglich wäre, wofür man Mehrheiten in der Gesellschaft findet und wofür man auf dieser Basis politische Partner finden kann, womit man potenzielle Partner unter Druck setzen kann.

Nach vier Jahren können wir nicht fertig sein mit dem Umbau der Gesellschaft, aber wir wollen Anfänge ermöglicht, Einstiege geschafft haben. Dort, wo es am dringendsten ist, die Logik der bisherigen Entwicklung gestoppt, vielleicht sogar umgekehrt haben. Daran messen wir die Einzelforderungen.

Mindestlohn, Mindestrente/Rentengerechtigkeit, Vermögenssteuer und ein höherer Spitzensteuersatz, eine deutliche Besserstellung von Hartz-IV-Betroffenen, eine sozial verantwortliche Energiewende und der Abzug aus Afghanistan – das sind solche Forderungen.

Ein weiterer Bereich muss aus unserer Sicht im Wahlkampf und im Wahlprogramm eine ähnlich prominente Rolle spielen – der sofortige Stopp der für mehr und mehr Menschen bedrohlichen Miet- und Wohnkostensteigerungen

Das im Bundesrat gescheiterte Mietrechtsänderungsgesetz der schwarzgelben Koalition muss durch Regelungen ersetzt werden, die insbesondere Mietsprünge bei Neuvermietungen klar begrenzen und Mietspiegel als Instrumente einer sozialen Wohnungspolitik qualifizieren.

Aber es geht uns auch um strukturelle Probleme in diesem Sektor. Es muss erreicht werden, dass Mieterinnen und Mieter den Vermietenden auf Augenhöhe gegenüber treten und nicht der Logik eines allein profit- und verwertungsorientierten Immobilienmarktes ausgeliefert sind. Und es geht auch um Alternativen zum jetzigen Wohnungsmarkt.

Wir haben im letzten Jahre aus guten Gründen die Bildung der Wohnungsgenossenschaft „Fair Wohnen“ begrüßt und unterstützt. Genossenschaften können – nicht nur im Wohnungssektor – Gemeinschaftsinteressen bündeln und organisieren und so Gegenpole zur Übermacht der Profit- und mächtigen Privatinteressen bilden. Es geht folglich um Beides – ein zentrales Thema sozialen Zusammenhaltes in den Städten der Republik sowie um die Stärkung des Genossenschaftsgedankens. Also der Befähigung, die eigenen Interessen in die Hand zu nehmen und Gestaltungspolitik von unten zu betreiben.

(Auszüge Punkt 1-2, bearbeitet von René Lindenau)

Wahlkampfspenden für die Bundestagswahl 2013

Mit Deiner Plakatspende kannst Du dafür sorgen, dass DIE LINKE im Bundestagswahlkampf besser sichtbar ist, mehr Menschen die Plakate sehen und dass DIE LINKE ein großartiges Wahlergebnis einfährt.

Sei dabei und mach Deinen Nachbarn eine Freude. Spende für ein Großflächenplakat an einem Standort Deiner Wahl.

Natürlich können auch Mitglieder von Orts- und Kreisverbänden über diese Seite Großplakate spenden.

Wann soll das Plakat hängen?

Großflächenplakate werden immer für einen Zeitraum von zehn beziehungsweise elf Tagen plakatiert. Für den Wahlkampf kommen die unten genannten Zeiträume in Frage. Für jeden Zeitraum haben wir ein anderes Motiv vorgesehen. Das endgültige Aussehen der Motive können wir leider noch nicht angeben.

Plakate spenden? Ganz einfach. So funktioniert es.

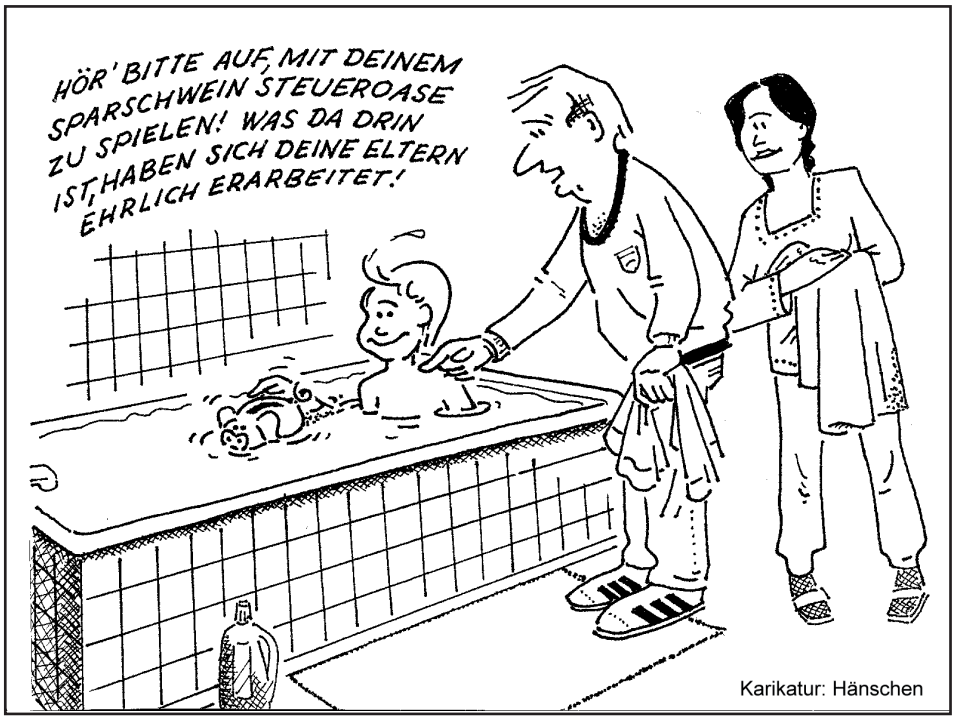
Bei einer Plakatspende suchst Du einen oder mehrere Plakatstandorte aus, an denen wir Großflächenplakate für DIE LINKE aufhängen. Dafür spendest Du uns den Betrag, den dieser Standort für zehn- beziehungsweise elf Tage kostet. Dieses Geld werden wir bei Abschluss der Spende und der Bestätigung, dass diese Fläche tatsächlich frei ist und für uns reserviert wird, von Deinem Konto einziehen. Jede Spenderin und jeder Spender erhält eine Spendenquittung, damit die Spende beim Finanzamt geltend gemacht werden kann.

- Auftaktplakat:
  Zeitraum 22 A: 09.08. - 19.08.2013
  Zeitraum 22 B: 13.08. - 22.08.2013
  Zeitraum 23 A: 20.08. - 29.08.2013
  Zeitraum 23 B: 23.08. - 02.09.2013

- Themenplakat:
  Zeitraum 24 A: 30.08. - 09.09.2013
  Zeitraum 24 B: 03.09. - 12.09.2013

- Wahlaufforderung
  Zeitraum 25 A: 10.09. - 19.09.2013
  Zeitraum 25 B: 13.09. - 23.09.2013

Weitere Informationen unter http://www.die-linke.de/plakatspende



Karikatur: Hänschen

Kommunalpolitischer Tag in Kolkwitz

Gemeinsam mit unserer Kandidatin für den Bundestag, Birgit Wöllert, werden wir, die Abgeordneten und „Nachrücker“ der Kolkwitzer Gemeindevertretung, am 13. Juni den kommunalpolitischen Tag im Verantwortungsgebiet durchführen.

Wir wollen an diesem Tag in Kolkwitz Gedanken mit Bürgerinnen und Bürgern austauschen, die ihr berufliches und oftmals auch freizeitliches Engagement in die Erziehung und Bildung unserer Kinder stecken.

Beginn ist um 10.00 Uhr in der Grundschule Krieschow. Hier werden wir bei einem Rundgang die Schule besichtigen und dabei einen kleinen Einblick in Ergebnisse der pädagogischen Arbeit erhalten.

Anschließend wird uns die Schulleitung über die Besonderheiten und Erfahrungen dieser Flexschule unter dem Gedanken „Schule 2013/2020“ informieren

Ab 14.00 Uhr werden wir in der Grundschule Kolkwitz erwartet. Auch hier gibt es eine Beratung mit der Schulleitung zum bestehenden Schulprojekt, Perspektiven und Problemen.

Danach geht es in die Integrationskindertagesstätte „Am Klinikum - Fürs Leben Lernen e.V.“. Das Erzieherteam wird uns mit den praktischen Erfahrungen, dieser bis heute einmaligen Kindertageseinrichtung in der Großgemeinde Kolkwitz vertraut machen.

Ab 19.00 Uhr findet in der Gaststätte „Zur Eisenbahn“ in Kolkwitz unsere öffentliche Wahlveranstaltung mit Birgit Wöllert zur Bundestagswahl 2013 statt: „Birgit Wöllert – Warum LINKE weibliche Powerkompetenz in den Bundestag muss“.

Dazu sind auch alle GenossInnen und SympathisantInnen des Ortsverbandes Cottbus herzlich eingeladen.

Gerd Bzdak

Unser Justizminister zu Besuch in Cottbus

Am 26. April weilte anlässlich der Amtseinführung des neuen Direktors des Amtsgerichtes Cottbus unser linker Justizminister Volkmar Schöneburg in Cottbus. Er ließ es sich nicht nehmen, das zweitgrößte Amtsgericht in Brandenburg in die Hände des neuen Direktors zu übergeben.

Insgesamt ging für ihn und DIE LINKEN an sich eine sehr erfolgreiche Woche zu Ende. Der Brandenburger Landtag verabschiedete ein neues Strafvollzugsgesetz. Damit wird der Strafvollzug in Brandenburg grundlegend reformiert. Unser Justizminister war und ist diesbezüglich die treibende Kraft. Durch das neue Gesetz sollen die Rückfallquoten von Häftlingen vermindert werden und so uns allen mehr Sicherheit bringen.

Wir als LINKE setzten auf aktive Resozialisierung wie zum Beispiel mehr Therapieangebote in der Haft, Sicherung der sozialen Kontakte der Häftlinge statt auf stupide Verwahrung in der Haftanstalt.

Das neue Gesetz will die Vollzugsgestaltung noch stärker als das bisherige Strafvollzugsgesetz des Bundes am Ziel der Resozialisierung ausrichten. Dies soll durch ein standardisiertes Diagnoseverfahren und eine detaillierte und stringente Planung des Vollzugsverlaufs erreicht werden. Alle Maßnahmen sind schon während des Vollzugs darauf auszurichten, die Wiedereingliederung des Gefangenen nach seiner Entlassung zu fördern und eine künftige Straffälligkeit so zu verhindern. Die Sozialtherapie hat sich als eine besonders effektive Maßnahme zur Straftäterbehandlung erwiesen. Deshalb wird künftig die verpflichtende Unterbringung Gefangener in einer Sozialtherapeutischen Abteilung nicht mehr nur bei bestimmten Sexualstraftaten vorgesehen, sondern auch auf gefährliche Gewaltstraftäter ausgeweitet.

Darüber hinaus definiert das Gesetz erstmals wesentliche vollzugliche Maßnahmen, die der Verbesserung der Legalprognose dienen, wie beispielsweise Psychotherapie oder Arbeitstherapie und Arbeitstraining.

Weitere wichtige Neuerungen enthält das Gesetz für den Übergang aus dem Vollzug in die Freiheit. Dieses „Übergangsmanagement“ ist nach heutiger wissenschaftlicher Kenntnis zentrale Voraussetzung für die Verhinderung erneuter Straffälligkeit. Im Gesetz werden erweiterte Möglichkeiten zur Vorbereitung auf die Entlassung gegen Ende des Vollzugs, zur Betreuung Entlassener und zur Fortführung im Vollzug begonnener Therapie- oder Ausbildungsmaßnahmen vorgesehen. Einen ganz neuen Weg beschreitet Brandenburg, indem es erstmals die „durchgehende Betreuung“ Strafgefangener gesetzlich regelt. Danach wirkt bei Strafen bis zu zwei Jahren der frühere Bewährungshelfer auch während des Vollzugs an der sozialen Hilfe für den Inhaftierten mit, hält also durchgängig Kontakt.

Minister Schöneburg: „Das neue Justizvollzugsgesetz unseres Landes ist in der Fachöffentlichkeit und im Parlament intensiv diskutiert worden. Ich freue mich, dass der Gesetzentwurf der Landesregierung - mit wenigen Verbesserungen - nicht nur bei der Sachverständigenanhörung im Landtag viel Lob erfahren, sondern jetzt auch im Landtagsplenum eine breite Mehrheit gefunden hat. Ich bin sicher, dass alle im brandenburgischen Justizvollzug Tätigen mit großem Engagement daran mitarbeiten werden, die gesetzlichen Neuerungen in der Praxis wirksam werden zu lassen.“

Jürgen Maresch,
Landtagsabgeordneter

Einige der „schönsten“ Ecken von Cottbus

Bild links: Ecke Bahnhofstraße/Karl-Liebknecht-Straße. Bild rechts: Ecke Straße der Jugend/Bürgerstraße.
Die Aufnahmen stammen vom 3. Mai 2013, hätten aber auch schon vor vielen Jahren gemacht werden können.

Fotos: Harald Müller

Der Druck muss raus!

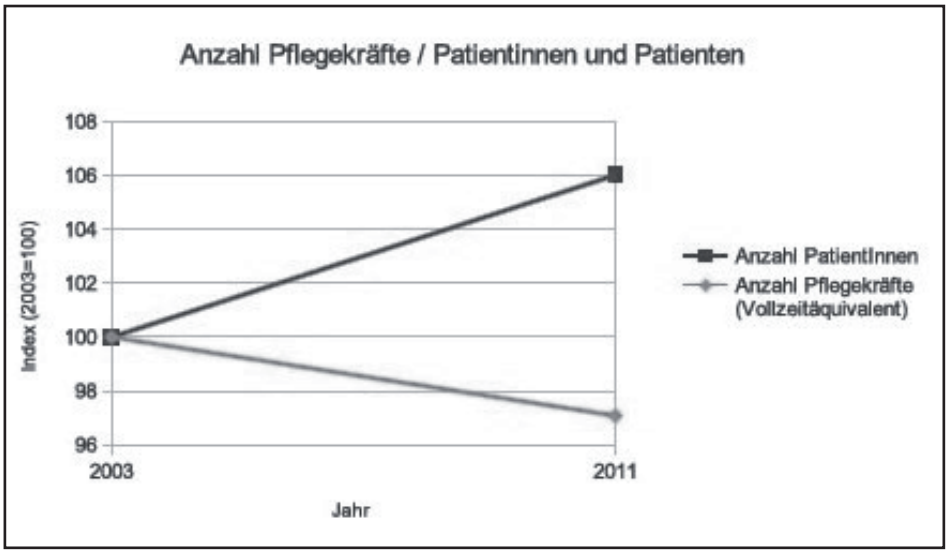
Gute Arbeit, gute Pflege, gute Versorgung im Krankenhaus

Krankenhäuser stehen unter Druck, die medizinische Versorgung wird rationiert, die Beschäftigten sind von Burn-Out gefährdet: Die Pflegekräfte müssen immer mehr Patientinnen und Patienten in kürzerer Zeit für weniger Geld versorgen.

Insgesamt fehlen in den Krankenhäusern 162 000 Stellen, davon 70 000 Pflegekräfte (ver.di Pflegecheck). Es passieren mehr Unfälle, Hygienebestimmungen werden unter Zeitdruck nur unzureichend befolgt. Dass es nicht mehr dramatische Zwischenfälle gibt, liegt allein am Einsatz der Beschäftigten.

raus“. Die ver.di-Tarifkommission an der Charité in Berlin verhandelt derzeit über einen neuen Tarifvertrag: nicht nur um höhere Löhne, sondern auch um eine angemessene Personalausstattung. Für jede Station soll festgestellt werden, wie viel Pflegekräfte benötigt werden. Der Arbeitgeber soll sich verpflichten, dieses Minimum einzuhalten.

DIE LINKE kämpft mit den Gewerkschaften für bessere Arbeitsbedingungen, weniger Stress und bessere Bezahlung. Wir wollen bundesweit eine Mindestpersonalbemessung umsetzen.



Private Krankenhauskonzerne übernehmen gezielt die Kliniken, mit denen Gewinn zu machen ist. Unrentable Bereiche werden geschlossen. Öffentliche Krankenhäuser müssen halten, was für die Versorgung wichtig ist – auch unrentable Bereiche. Dadurch rutschen sie häufiger in die roten Zahlen als die private Konkurrenz.

Die Krankenkassen zahlen pauschale Preise für die verschiedenen Operationen. Das System der Fallpauschalen (DRG) setzt die falschen Anreize: Es belohnt, möglichst viele Fälle mit möglichst wenig Personal in möglichst kurzer Zeit zu behandeln. Die Qualität der Pflege spielt keine Rolle. Kosten werden zu Lasten der Patientinnen und Patienten und der Beschäftigten gesenkt.

Es regt sich Widerstand. Ver.di startet eine Kampagne „Der Druck muss

Krankenhäuser müssen bedarfsgerecht finanziert werden, sie sind Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge – kein Ort, um Gewinne zu maximieren. Sie gehören in die öffentliche Hand.

Die Finanzierung einer guten Gesundheitsversorgung ist machbar und realistisch: Wir wollen eine solidarische Gesundheitsversicherung – eine Kasse für alle – einführen. Alle zahlen mit allen Einkommen ein.

Die Beiträge sinken und die Ausstattung der Krankenhäuser lässt sich damit deutlich verbessern.

Und wir streiten dafür, dass Berufe im Gesundheits- und Pflegebereich gesellschaftlich besser anerkannt werden – mit höheren Löhne und besseren Arbeitsbedingungen!

V.i.S.d.P. Matthias Höhn, bundesgeschaeftsstelle@die linke.de

Demografiegipfel sind teure Inszenierung des Nichtstuns

„Die Demografiegipfel der Regierung sind teure Inszenierungen des Nichtstuns. Diese Regierung hat im Kampf gegen Altersarmut, Pflegenotstand und Erwerbslosigkeit älterer Beschäftigter schmählich versagt. Das kann kein noch so aufwändig präsentierter Gipfel kaschieren“, erklärt **Diana Golze**, Mitglied im Vorstand der Fraktion und des Spitzenteams der LINKEN für die Bundestagswahl, zum bevorstehenden Demografiegipfel der Bundesregierung. Golze weiter:

„Unmittelbar vor dem Demografiegipfel werden aus der Union Stimmen laut, die älteren Erwerbslosen das Arbeitslosengeld kürzen wollen. Das ist kein Ausrutscher, sondern Kerngedanke der Demografiepolitik der Bundesregierung.

Weil die Menschen älter werden, wird bei den Älteren gekürzt und gestrichen, was das Zeug hält. Nach wie vor sind nur ein Bruchteil der 64-Jährigen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, wer über 60 ist und seinen Arbeitsplatz verliert, kann von einer Neueinstellung nicht mal mehr träumen.

Die Rente reicht für immer mehr Menschen kaum noch zum Leben. Dennoch wird das Renteneintrittsalter Jahr für Jahr heraufgesetzt.

Die Regierung redet über Demografie und handelt entweder gar nicht oder wenn, dann wird sie zur akuten sozialen Bedrohung für die Älteren in unserer Gesellschaft.“

Aus meiner Sicht

Und die Moral von der Geschicht...

...auch der Fall Hoeneß ändert das System nicht

Was für ein Diskussionssturm brauste vor Wochen durch sämtliche Medien, als öffentlich wurde, dass FC Bayern-Präsident Uli Hoeneß Steuern in Millionenhöhe hinterzogen hat. Vor allem der Deal, sich durch Selbstanzeige aus der Verantwortung zu stehlen und dadurch straffrei auszugehen, erhitzte und erhitzt noch heute die Gemüter. Weil sich hier über den Einzelfall hinaus die Frage nach der Moral in dieser Gesellschaft stellt. Sich per Ablasshandel von einer Straftat freizukaufen, untergräbt nicht nur jegliche Rechtsstaatlichkeit. Das hat bei Unsereinem zugleich den Geruch von mehr oder weniger geduldeter Oberschichten-Kriminalität. Denn ein Ladendieb oder ein Schwarzfahrer in der Bahn würde ein solches Angebot niemals erhalten.

Deshalb wirkte auf mich die Reaktion von Kanzlerin Merkel gelinde gesagt oberflächlich, wenn sie sich von Hoeneß „enttäuscht“ zeigt, ohne kompromisslos das eigentliche Problem als inakzeptable Straftat zu benennen. Ebenso wie das Palaver von Gauck, der hier scheinheilig den Moralapostel spielt, ohne ein einziges Wort zu den politischen Hintergründen.

Bringt man das Ganze auf einen Nenner: Alles nur Fassade, um von den grundsätzlichen Problemen der Moral in diesem Gesellschaftsystem abzulenken. Denn der Fall Hoeneß ist eigentlich – bildlich gesagt – nur die Spitze des Eisberges.

An Beispielen aus der letzten Zeit mangelt es nun wahrlich nicht. Es ist noch gar nicht so lange her, als die Minister Guttenberg und Schavan wegen Plagiat-Affären ihre Ministerstühle räumen mussten. Der ehemalige Bundespräsident Wulff steht wegen „Vorteilsnahme“ vor Gericht. Ein ganzes System von Vetternwirtschaft erschüttert gegenwärtig die bayrische CSU. Ein Raffke bewirbt sich als SPD-Kanzlerkandidat. Und „Dampfplauderer“ und FDP-Spitzenkandidat Brüderle sieht sich „Sexismus“-Vorwürfen ausgesetzt.

Mag manches von den bürgerlichen Medien in eigenem Geschäftsinteresse auch hochgeputscht sein, so ermöglicht es doch einen Blick in die moralischen Abgründe dieser „freiheitlich demokratischen Grundordnung“. Wer weiß, wie viele Sumpfblüten dort noch unentdeckt gedeihen – man kann es nur vermuten.

Stellt man die Frage nach den Ursachen, so landet man sehr schnell bei Marx’ „Kapital“: Die überufernde Gier nach Geld und Macht, das Profitsystem.

Armes Würstchen Hoeneß

Quelle: www.scharf-links.de

Das sind der Geist und die inneren Triebkräfte des Kapitalismus. Weil Geld Macht und Macht Geld bedeuten.

Daraus beispielsweise ergibt sich auch die Doppelmoral von Leuten wie Hoeneß und Co – vorn die humane Fassade, hinten der knallharte korrupte Zocker. Vom Saubermann und Moralapostel zum millionenschweren Steuerbetrüger.

Von Unrechtsbewusstsein allerdings keine Spur. Weder bei führenden Politikern von CDU/CSU noch bei den Fußball-Verantwortlichen. Wie anders soll man das einstimmige 8:0 Urteil des FC Bayern-Aufsichtsrates für den Verbleib von Hoeneß im Club-Präsidentenamt werten. Ein einstimmiger Bonus für einen Kriminellen, der sich nur aufgrund einer Millionen-Kaution auf freiem Fuß befindet?

Weil man sich hierzulande mit Geld alles kaufen kann, auch die Moral. Sogar staatlich sanktioniert, wenn man an den illegalen Aufkauf von Steuer-CD durch Bund und Länder denkt. Wie rechtsstaatlich ist das denn? Der Volksmund hat für derartige Wesensmerkmale des Kapitalismus ein feines Gespür. „Bei Geld hört die Freundschaft auf“, „Haste was, dann biste was“, „...du wirst immer schöner durch dein Geld“. Die „Prinzen“ bringen es schließlich in einem ihrer Songs auf den Punkt: „Du musst ein Schwein sein in dieser Welt!“

Bleiben die bürgerlichen Medien als öffentliche Gralshüter der Moral? Oberflächlich betrachtet. Schließlich haben sie den Steuerbetrug des FC-Bayern-Präsidenten und die anderen Affären der Politprominenz ans Licht gebracht. Doch schaut man genauer hin, so sucht man in ihren reißerischen Hochglanz-Beiträgen vergeblich nach den gesellschaftspoltischen Ursachen der Skandale. Vielmehr ergehen sich die Medien genüsslich in persönlichen Details der Delinquenten bis hin zu den peinlichsten Intimitäten. Sie betreiben schlicht gesagt geschäftsträchtigen Sensationsjournalismus, von wenigen Ausnahmen abgesehen.

Massenmedien sind Klassenmedien – sie werden nie und nimmer ihre Existenzbedingungen infrage stellen, ja man kann es von ihnen auch gar nicht erwarten. Dazu bedarf es einer anderen Gesellschaftsordnung.

So werden wir wohl oder übel noch einige Zeit mit der systembedingten „Moral“ hierzulande leben müssen. Was wir LINKEN allerdings nicht müssen, ist, uns damit abzufinden oder gar zu identifizieren. Unser Weltbild ist ein anderes – unsere Moral ist es auch.

Joachim Telemann

20 Jahre Tafel: Kein Grund zum Feiern

Es gibt Jubiläen, die lösen zwiespältige Gefühle aus. Das 20-jährige Bestehen der Tafeln in Deutschland ist so eines. Warum Tafeln entstehen und sich so rasant entwickeln konnten, hat mehrere Ursachen. Zweifellos liegt der Hauptgrund an der zunehmenden und zum großen Teil noch immer versteckten Armut. Menschen die trotz Arbeit nicht genug zum Leben haben, Menschen die trotz jahrelanger Erwerbstätigkeit nun auf Grundsicherung angewiesen sind, Menschen die aus den unterschiedlichsten Gründen im Hartz-IV-System gefangen sind.

Und es gibt engagierte Mitbürger, die Hilfe und Unterstützung leisten, die oftmals ehrenamtlich oder für ein Taschengeld viele Stunden in der Woche Taschen und Körbe mit Lebensmitteln füllen.

Die erste deutsche Tafel wurde von der Initiativgruppe Berliner Frauen e.V. 1993 in Berlin gegründet. Nach einem erschütternden Vortrag der damaligen Sozialsenatorin Ingrid Stahmer wollten die engagierten Berlinerinnen vor allem die Situation der Obdachlosen der Stadt verbessern. Ein Mitglied der Gruppe, frisch aus den USA zurückgekehrt, stellte die entscheidende Frage: Warum nicht das Konzept der New Yorker City Harvest auf Deutschland übertragen? Der Gedanke, Lebensmittel einzusammeln, die nach den Gesetzen der Marktlogik „überschüssig“ sind, und diese an bedürftige Menschen und soziale Einrichtungen weiterzugeben, schien einfach und sinnvoll. Der gigantische Presserummel, der sich hier entwickelte, steigerte die Bekanntheit der Tafeln in besonderem Maße und gab vielen den Ansporn, in der eigenen Stadt ebenfalls eine Tafel zu gründen. Aus einer Tafel im Februar 1993 sind mittlerweile über 900 geworden.

Welches Angebot eine Tafel den Bedürftigen ihrer Stadt machen kann, hängt vor allem davon ab, welche Spender und Sponsoren in der Region zur Verfügung stehen. Mitunter müssen die Betreiber der Tafel sowie die ehrenamtlichen Helfer zusätzlich weite Fahrten zurücklegen, um den Betroffenen vor Ort etwas anbieten zu können.

In Cottbus trafen wir den sehr engagierten Leiter, Herrn Kai Noack. Er fährt bis in die alten Bundesländer, um Waren für die Cottbuser Tafel zu besorgen. Träger dieser Tafel ist das Albert-Schweitzer-Familienwerk Brandenburg. Aber auch in Senftenberg und Großräschen. Träger ist der Arbeitslosenverband Brandenburg e.V., trafen wir auf Mitarbeiter, die unermüdlich kämpfen für Verbesserungen und vor allem für mehr Waren. Aufgrund dessen, dass viele Geschäfte vermehrt über elektronischen Weg ihre Ware bestellen, bleiben weniger Waren übrig, die an die Tafeln abgegeben werden können.

Manche Tafeln können nur einmal pro Woche oder nur alle zwei Wochen eine Lebensmittelausgabe in einer temporären Ausgabestelle ermöglichen. Andere verfügen über eigene Läden, die aufgrund der günstigeren Spendenlage eine häufigere Abgabe praktizieren können.

Die Wirtschaftskraft einer Region spiegelt sich deutlich in der Spendenbereitschaft für gemeinnützige Organisationen, wie auch die Tafeln es sind, wider. Und damit in Art und Umfang ihrer Hilfsangebote.

Ohne das Engagement ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer wären die Tafeln in Deutschland undenkbar. Bei der Cottbuser Tafel arbeiten viele Ehrenamtliche aus allen sozialen Gruppen zusammen, desweiteren 14 Mitarbeiter, die über das Regionalbudget Cottbus für 4,5 Wochenstunden gefördert werden und vier Mitarbeiter im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes.

Bei der Senftenberger Tafel arbeiten vier Mitarbeiter in Bürgerarbeit, vier MAE (Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung), zwei Mitarbeiter im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes.

In Großräschen engagieren sich zwei ehrenamtliche Helfer, vier MAE, zwei Mitarbeiter im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes und vier Mitarbeiter in Bürgerarbeit. Für sie sind Bedürftige keine Fälle, sondern Mitbürger, die konkrete Unterstützung und Zuwendung brauchen.

Die ursprüngliche „Zielgruppe“ der Tafeln hat sich inzwischen gewandelt: Obdachlose stellen mittlerweile nur noch einen geringen Anteil an Tafel-Kunden. Heute unterstützen die Tafeln in Deutschland vor allem Arbeitslose und Geringverdiener, Alleinerziehende und Rentner. Besondere Sorge bereitet die stetige Zunahme von älteren Mitbürgern, die auf Grundsicherung angewiesen sind. Altersarmut ist somit kein Problem der Zukunft, sondern schon heute aktuell.

Die deutschen Tafeln unterstützen regelmäßig rund 1,5 Millionen bedürftige Personen, davon 30 Prozent Kinder und Jugendliche, 53 Prozent Erwachsene im erwerbsfähigen Alter (vor allem ALG-II-beziehungsweise Sozialgeld-Empfänger, Spätaussiedler und Migranten) und 17 Prozent Rentner.

Die Zahl der Tafeln und der versorgten Personen sind in den vergangen Jahren stetig gestiegen. Die Menge der gespendeten Lebensmittel ist tendenziell steigend, aber nicht in der Geschwindigkeit, in der die Nachfrage steigt.

Mit Sorge beobachten die Tafeln vor allem die steigende Anzahl der bedürftigen Kinder und Jugendlichen. Viele bieten

(Fortsetzung auf Seite 8)

20 Jahre Tafel: Kein Grund zum Feiern

(Fortsetzung von Seite 7)

inzwischen eigene Kinder- und Jugendprojekte an.

Bei allen Gesprächen mit Leitern, Koordinatoren und Mitarbeitern erfuhren wir, dass die Lebensmittel der Tafeln nur ein ergänzendes Hilfsangebot an Bedürftige ist, keinesfalls decken sie die den wöchentlichen Lebensmittelbedarf der Betroffenen.

Die Verhinderung von Armut ist vorrangig eine staatliche Aufgabe. Tafel-Arbeit entbindet den Staat nicht von seiner Daseinsfürsorgepflicht. Tafeln arbeiten nicht im öffentlichen Auftrag. Sie stellen sich aber der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe, die negativen Folgen von Armut zu lindern.

Die Tafeln fordern:

- Eine nationale Strategie zur Vermeidung von Armut zu entwickeln und deren Umsetzung zu ermöglichen.
- Einen unabhängigen Beauftragten der Bundesregierung im Kampf gegen Armut zu berufen.
- Reformen in der Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Sozialpolitik zu beschließen.

Insbesondere gilt es:

- Armutsfeste Mindestlöhne einzuführen.
- Öffentliche Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Jeder hat ein Recht auf Arbeit, die seinen Lebensunterhalt sichert.
- Armutsfeste Mindestrenten einzuführen.
- Die staatlichen Leistungen zur Existenzsicherung anhand der realen Bedarfe neu zu berechnen. Die Kosten für soziale Teilhabe sind dabei zu berücksichtigen.
- Die Arbeitslosenversicherung so zu reformieren, dass das Mindestarbeitslosengeld deutlich über der Armutsgrenze liegt.
- Genügend qualifizierte Kinderbetreuungsmöglichkeiten bereitzustellen, um Eltern die (Voll-) Erwerbstätigkeit zu ermöglichen.
- Allen Kindern (frühkindliche) Bildung und Förderung zukommen zu lassen.
- Kostenlose Mittagsmahlzeiten für alle Kinder in Kitas und Schulen zu ermöglichen.
- Strukturelle Reformen und Programme zu beschließen, die die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen an Bildung und Kultur ermöglichen. Vor allem für Kinder und Jugendliche.
- Allen Menschen, die der Hilfe bedürfen, den Zugang zu menschenwürdigen Sozialleistungen zu ermöglichen. Das heißt auch Menschen, die als Flüchtlinge oder illegal in unserem Land leben.

Forderungen, denen sich DIE LINKE vorbehaltlos anschließen kann. Schließlich geht es uns darum, Armut zu verhindern und nicht auf Dauer Menschen zu alimentieren, sondern ihnen ein Leben und auch besonders den Lebensabend in Würde zu ermöglichen.

Daher wäre es ein Grund, zu feiern, wenn die Tafeln künftig nicht mehr gebraucht werden.

Leider sind wir jedoch in diesem reichen Land weit davon entfernt.

Matthias Loehr, MdL,
Dagmar Winzer,
Wahlkreismitarbeiterin

(Quelle: Bundesverband Deutsche Tafel e.V.)

Zeittafel vorgestellt – geringe Resonanz

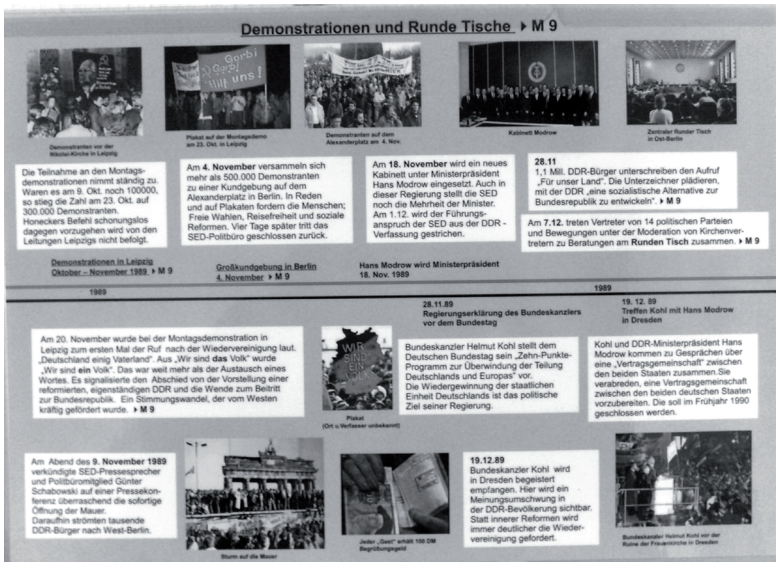
Am 10. Mai wurde in der Geschäftsstelle der Cottbuser LINKEN, Straße der Jugend 14, von Mitgliedern der AG Geschichte eine Zeittafel zur Deutschen Geschichte von 1945 bis 1990 vorgestellt.

Dazu hatte der Kreisvorstand DIE LINKE.Lausitz eingeladen.

Die Zeittafel zeigt in Bildern und Texten zu ausgewählten Schwerpunkten die politische Entwicklung in Deutschland und ist geeignet, Fragen zu beantworten:

- Wie entstanden die beiden deutschen Staaten?
- Welche Rolle spielten USA, England und Frankreich einerseits und die UdSSR andererseits?
- Was führte zum Ende der DDR?

Mit der Zeittafel wollen die Mitglieder der AG Geschichte, als Zeitzeugen den später Geborenen helfen, die zweigeteilte deutsche Geschichte zu verstehen, mit den Widersprüchen und Gegensätzen der beiden Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung.



Leider waren zur Vorstellung der Zeittafel nur sieben Personen anwesend, obwohl 200 Mitglieder vom Kreisvorstand schriftlich eingeladen waren.

Vielleicht wurde zu spät eingeladen, darum vorweg die Mitteilung über eine Veranstaltung zu einem der zehn Schwerpunkte der Zeittafel.

Die AG Geschichte lädt ein:

Sonnabend, 22. Juni,
um 10.00 Uhr,
im „Brandenburger Hof“

Thema: „Die Arbeiterunruhen im Juni 1953 - Was geschah im Bezirk Cottbus?

Dazu eingeladen ist der Historiker Norbert Podewin.

Herta Venter,
AG Geschichte

Eurocamp 2013 des Netzwerks der Regionen Europäische LINKE

Unser traditionelles Treffen der LINKEN, das auf die Gründungstätigkeit der AG Polittourismus zurückgeht, fand vom 9. bis 12.Mai in Südböhmen, auf einem Campingplatz nahe Ceske Budejovice statt. Genossinnen und Genossen mit ihren Familien aus Brandenburg, Sachsen, Berlin, Bayern, Niedersachsen trafen sich mit Genossinnen und Genossen aus Nord-, Mittel- und Südböhmen und der Slowakei zu Exkursion, Diskussion und Erfahrungsaustausch in Rot-Roten Regierungen.

Leider meinte es Petrus in diesem Jahr nicht so gut mit uns, sodass wir die idyllische Lage am See nicht voll genießen konnten. Aber Ausflüge ins benachbarte wunderschöne historische Städtchen Český Krumlov und danach die Führung durch die weltberühmte Budweiser Brauerei Budvar mit Verkostung im kühlen Lagerkeller entschädigten uns für den Mangel an Sonne. Beeindruckt waren wir von der vollautomatischen Taktlinie vom Waschen des Leergutes, Befüllen, Verpacken in verschiedenen Emballagen und Packeinheiten bis zur Auslieferung – alles wie von Zauberhand.

Der Sonnabend ist immer der „politische Tag“, von tschechischer Seite nahmen daran namhafte Genossen teil: Vojtech Filip, der Vorsitzende der KSCM, Jaromír Kohlicek, Europaabgeordneter, und Kreisvorsitzende beziehungsweise Abgeordnete der Kreise. In drei Arbeitskreisen wurden zu den Themen Politische Bildung, Wahlkämpfe und Ökologie beraten und abschließend die Ergebnisse und Festlegungen im großen Kreis vorgestellt.

Ich nahm am Themenkreis Ökologie teil, der sich mit den drei Punkten Wiedernutzbarmachen von ehemaligen Militärflächen, Waldsterben und Gegenmaßnahmen (hier konkret im Böhmerwald als Grenzwald mit Interessenlage von tschechischer und deutscher Seite) und ganz exponiert mit der Europäischen Petition (www.right2water.eu) gegen die Privatisierung des Wassers beschäftigte.

Die tschechischen Genossinnen und Genossen wollen alle Anstrengungen unternehmen, um das Landesquorum an Unterschriften unter die europäische Wasserpetition bis zum Beginn der Sommerferien zu erreichen. Die deutschen Genossinnen und Genossen stellen den Kontakt zu LINKEN auf der bayrischen Seite des Böhmerwaldes her, um gemeinsame Vorstellungen zur Rettung des Waldes zu erarbeiten. Ein „Politbasar“ und viele persönliche Gespräche, und auch ein Tänzchen, rundeten das Treffen und den Erfahrungsaustausch ab.

Wer immer Lust darauf hat, sich in der internationalen Arbeit einzubringen, ist herzlich bei uns eingeladen.

Text und Foto: Sonja Newiak, AG Polittourismus

Auf dem Politbasar - Gruppen stellen sich vor. Im Vordergrund Jaromír Kohlícek - Mitglied des Europäischen Parlaments KSCM.

Einladung zu einer Frauenkonferenz

Liebe Genossinnen und Genossen,

die LAG Linke Frauen veranstaltet gemeinsam mit dem Landesvorstand der LINKEN Brandenburg

am 29. Juni 2013 um 10.00 Uhr

im Bürgerhaus „Am Schlaatz“, Schilfhof 28, 14478 Potsdam,

eine Frauenkonferenz zum Thema: „Brandenburgs Zukunft ist weiblich“.

Diese Konferenz reiht sich ein in den Prozess der Leitbilddiskussion. Bislang konzentriert sich der Leitbildentwurf auf die Schlüsselwörter: Löhne und Gehälter, Frauenquote in Führungspositionen, Potentiale, Kreativität und Schöpferkraft der Frauen und soziokulturelles Umfeld, das Frauen nicht nur eine berufliche und familiäre Perspektive eröffnet, sondern ein attraktives, freies und selbstbestimmtes Leben ermöglicht und dadurch neue gesellschaftliche Entwicklungspotentiale freisetzt.
Die Konferenz soll sich mit diesen Themen auseinandersetzen und weitere Schwerpunkte identifizieren, die Frauen motivieren könnten, sich in Politik einzumischen, sich selbstbestimmt zu artikulieren und Verantwortung zu übernehmen. Zudem soll es um die anstehenden Wahlen und das Thema „Frauenansprache“ gehen.
Wir würden uns freuen, wenn Ihr Zeit finden und gemeinsam mit uns eine anregende Debatte führen würdet und Euch mit Euren Vorschlägen einbringen könntet.
(Den genauen Ablauf findet Ihr in der „Leseecke“ auf unserer Internet-Seite www.dielinke-lausitz.de)

Rosemarie Kersten (PM), Gabi Brandt (UM), Angelika Tepper (TF), Herta Venter (Lausitz), Ute Miething (EE), Gerlinde Krahnert, Stellvertretende Landesvorsitzende

Die NSU und Hegel

Hoffen wir auf ein gerechtes und faires Urteil

Störungsfrei durch hiesige Schutz- und Sicherheitsorgane konnte der rechtsterroristische Nationalsozialistische Untergrund (NSU) zehn Jahre mordend seine Blutspur durch das Land ziehen.

Am 6. Mai 2013 endete sie vor dem Oberlandesgericht in München. Damit begann ein besonderes Kapitel bundesrepublikanischer Prozessgeschichte, dessen Dauer auf mindestens zwei Jahre veranschlagt wurde. Zeit zum Nachdenken! Die hätte allerdings auch weit früher einsetzten müssen: Politisch, moralisch, polizeilich und präventiv. Vielleicht wäre es dann nicht zu solch einem großen Strafkatalog „Made in NSU“ und damit auch Made in Deutschland gekommen.

Jeder kennt ja auch den Begriff der Rechtspflege. Ehe dem Begriffsverständnis gemäß, was gepflegt wird, muss erst was passiert sein. Warum geschieht das im gesamtgesellschaftlichen Interesse und mit entsprechendem Auftrag nicht vorher? Das würde „Pflegekosten“ sparen.

Nein: Stattdessen geht die zuständige Bundesministerin, Frau Dr. Kristina Schröter, mit dem Rotstift tanzend gegen Initiativen vor, die gegen ein derart undemokratisches und menschenfeindliches Denken und Handeln, wie sie die NSU manifestierte, aufbegehren, und spielt bei ihnen zum Streichkonzert auf. Da möchte man doch gleich einen Aufnahmeantrag der NPD an das Schrötersche Familienministerium schicken.

Und schon sind wir in der Politik. Hier wäre ja einiges zu klären, was auch der vom Bundestag eingesetzte Untersuchungsausschuss nur in Teilen bereit und in der Lage war, zu tun. Nur soviel: Wenn verantwortliche Behörden Mitarbeiter plötzlich krank melden, die vor dem Ausschuss aussagen sollten, oder gar Beamte vorgeschickt werden, die zur Tatzeit gar nicht entsprechend zuständig waren, dann ist das nicht nur frech.

So werden die NSU-Opfer ein zweites Mal umgebracht. Prävention, politische Aufklärung und Bildung, die Schaffung von Lebensperspektiven, die gleichermaßen Jedem offen stehen, Demokratie und die Stärkung der Zivilgesellschaft wären dringende politische Antworten, die zu geben wären. Aber noch ist nicht jeder dazu bereit.

Nun sind wir wieder auf dem juristischen Acker und müssen uns mit dem braunen Fallobst von, wie man sieht, politisch-gesellschaftlichem Rang, NSU, auseinandersetzten.

Hat man allein die ersten Tage des Verfahrens verfolgt, dann kam man insbesondere als juristischer Laie, angesichts mancher Anträge und Winkelzüge der NSU-Verteidiger aus dem Kopfschütteln nicht mehr raus. Wie jeder weiß, auf diese Weise gerät einiges ins Wanken. Nicht dass man den Verteidigern der NSU-Angeklagten in diesem Prozess die Nutzung ihrer juristischer Spielräume nehmen will, aber in so einem speziellen Fall, wo besonders brutal und tödlich gewirkt wurde, dort sollten Opferinteresse und Pietät nicht vergessen werden.

Immerhin sind insgesamt zehn Menschenleben sowie zahlreiche Verletzte zu beklagen. Der Bogen diesbezüglich ist schon jetzt überspannt. Um Vorverurteilung von Beate Zschäpe und der um sie gruppierten vier Mitangeklagten dürfte es ebenso wenig gehen. Dass sie unter anderem Schuld am Tod von Menschen und verantwortlich für Banküberfälle sind, ist erwiesen.

Nunmehr hat das Gericht die Aufgabe, die individuelle Schuld und Mitverantwortung jedes Einzelnen, die ihnen laut Anklageschrift zur Last gelegten Straftaten zu beweisen und daraus ein Strafmaß abzuleiten. Fiele das Urteil vor allem in den Augen der Hinterbliebenen gerecht aus, dann würde die Bundesrepublik zwar kein komplett antifaschistischer Staat, aber es wäre ein notwendiges Signal, dem sich Bundesregierung und Bundestag beim letzten NPD-Verbotsantrag verweigert haben. Zu wissen, wie sehr es jedoch manchmal auf Signale ankommt, da braucht es kein Politikstudium. Man braucht auch nicht Kanzler zu sein, sondern nur Mensch.

Doch wie komme ich nun auf Hegel? Nun: Von ihm stammen die „Grundlinien der Philosophie des Rechts“ (Werk 7, Frankfurt/M. 1986, S 190f). Darin hat er zum Beispiel folgende Sätze niedergelegt. „Die Verletzung, die dem Verbrecher widerfährt, ist nicht nur an sich gerecht (...), sondern sie ist auch ein Recht an den Verbrecher selbst (...) Dass die Strafe darin als sein eigenes Recht enthaltend angesehen wird, darin wird der Verbrecher als Vernünftiger geehrt.“

Hoffen wir also auch im Hegelschen Sinne, dass das Gericht am Ende zu einem gerechten und fairen Urteil kommt, und damit ein Zeichen zu setzen vermag, wozu andere nicht in der Lage waren.

René Lindenau

Wohin führt der Weg Kubas?

Die ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen auf der sozialistischen Insel, die neuen ökonomischen Partner oder die stärker gewordene Position innerhalb Lateinamerikas – wer das wirklich Interessante über Kuba erfahren will, hat es schwer. Denn das Land wird mit einer permanenten Medienkampagne überzogen, in der kein Platz für positive Meldungen ist. Dabei werden wichtige Zusammenhänge verschwiegen und ein Mix aus Lügen und Halbwahrheiten präsentiert.

Die Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí bietet deshalb Vorträge zur aktuellen ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung in Kuba an, illustriert durch Fotos, Beispiele, Zahlen und Fakten. Diese vermitteln einen Eindruck der Veränderungen und Perspektivwechsel in der Gesellschaft, Wirtschafts- und Staatsführung, der mit großen Erwartungen nicht nur bei den Kubanerinnen und Kubanern verbunden ist. Wie sieht der Sozialismus Kubas im 21. Jahrhundert aus? Und wo steht Kuba in Lateinamerika und international? Unsere Referenten kennen Kuba sehr gut aus eigenem Erleben und werden in einer anschließenden Gesprächsrunde auf die Fragen der Gäste eingehen. Wir freuen uns auf Euer Interesse. Ladet uns ein!

Kontakt: Tel.: (030) 2400 9455,
Fax: (030) 2400 9409 oder
E-Mail: berlin@cuba-si.org
Mit solidarischen Grüßen

Miriam Näther,
Cuba Sí AG in der Partei DIE LINKE

Gute Nachhilfe in Sachen Geschichte:

Ein Besuch der Gedenkstätte „Haus der Wannseekonferenz“

Wer die Gedenkstätte „Haus der Wannseekonferenz“ am Berliner Wannsee besucht, kann kaum glauben, dass sich an diesem wunderschönen idyllischen Ort am 20. Januar 1941 15 Männer trafen, um unter der Federführung von Reinhard Heydrich, Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei und des SD, einen teuflischen Plan zur Vernichtung von etwa elf Millionen Juden in Europa auszuhecken – die „Endlösung der europäischen Judenfrage“.

Bereits am 31. Juli 1941 gab Reichsmarschall Hermann Göring in einem offiziellen Schreiben an Heydrich seinen Segen dazu und bestellte Heydrich zum Beauftragten zur Vorbereitung der Endlösung der europäischen Judenfrage. In diesem Schreiben ordnete Göring ausdrücklich an: „Sofern hierbei die Zuständigkeiten anderer Zentralinstanzen berührt werden, sind diese zu beteiligen.“

An der geheimen Konferenz in der Villa am Wannsee nahmen demzufolge hochrangige Ministerialbeamte der zuständigen Ministerien teil. Das von Adolf Eichmann angefertigte und von Reinhard Heydrich verschickte Protokoll dieser Zusammenkunft (ein einziges Exemplar ist erhalten geblieben) gibt wider, wie das lästige Judenproblem in Europa gelöst werden sollte und welche Männer darüber entschieden: Dr. Meyer und Dr. Leibbrand vom Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete, Dr. Stuckart vom Innenministerium, Staatssekretär Neumann als Beauftragter für den Vierjahresplan, Dr. Freisler vom Reichsjustizministerium, Dr. Bühler vom Amt des Generalgouverneurs, Unterstaatssekretär Luther vom Auswärtigen Amt. Ebenso waren die Parteikanzlei, die Reichskanzlei und das Rasse- und Siedlungshauptamt vertreten.

SS-Gruppenführer Müller und SS-Obersturmbannführer Eichmann vom Reichssicherheitshauptamt durften ebenso wenig fehlen wie Dr. Schöngart und Dr. Lange von der Sicherheitspolizei und SD.

Letzterer war für die Ostgebiete zuständig und beide Herren waren aktiv an Massenerschießungen in den besetzten Gebieten beteiligt.

Das Protokoll der Zusammenkunft gibt Auskunft über bisherige Aktivitäten: „die Zurückdrängung der Juden aus dem Lebensraum des deutschen Volkes“ und legt schon die nächsten Aufgaben fest: „die Vorbereitung einer verstärkten Auswanderung der Juden zu treffen“ und „ den Auswanderungsstrom zu lenken“, um auf diese Weise „deutschen Lebensraum von den Juden zu säubern.“ Festgestellt wurde, dass bis zum Stichtag 31.10.1941 rund 537 000 Juden „zur Auswanderung gebracht“ wurden.

Doch mit der „Auswanderung“ allein war es nicht getan. Im Protokoll wird als Lösung zunächst die „Evakuierung der Juden in die Ostgebiete“ vermerkt – jedoch sollen diese dann der „Endlösung“ zugeführt werden. Wie das aussehen sollte, liest sich im Konferenzprotokoll so: „Unter entsprechender Leitung sollen im Zuge der Endlösung die Juden in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen. In großen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden straßenbauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird. Der allfällig endlich verbleibende Restbestand wird, da es sich bei diesem zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen, da dieser, eine natürliche Auslese darstellend, bei Freilassung als Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaues anzusprechen ist.“ (siehe die Erfahrung der Geschichte)

Ausführlich beraten und protokolliert wurden Fragen, die sich mit dem Umgang mit so genannten „Mischlingsjuden“ befassten. Hierbei wurden ausdrücklich die am 16. November 1935 auf dem Parteitag in Nürnberg verabschiedeten Rassengesetze zugrunde gelegt.

Darüber, wie denn nun genau die oben angegebene Behandlung des „Restbestandes“ aussehen sollte, wurde natürlich ebenfalls beraten. Im Protokoll heißt es dazu lapidar: „Abschließend wurden die verschiedenen Arten der Lösungsmöglichkeiten besprochen, wobei sowohl seitens des Gauleiters Dr. Meyer als auch seitens des Staatssekretär Dr. Bühler der Standpunkt vertreten wurde, gewisse vorbereitende Arbeiten im Zuge der Endlösung gleich in den betreffenden Gebieten selbst durch zuführen, wobei jedoch eine Beunruhigung der Bevölkerung vermieden werden müsse.“

Aus heutiger Sicht ist es kaum zu fassen, dass mit derlei seltsamen Wortschöpfungen das kommende Grauen für elf Millionen Menschen bis ins Kleinste mit echter deutscher Gründlichkeit durchgeplant und dokumentiert wurde. Etwa sechs Millionen Juden fielen danach dem Massenmord zum Opfer.

Als klassisches Beispiel für den Umgang der Täter mit ihren Verbrechen nach dem Kriege sei hier Adolf Eichmann genannt. Er tauchte zwar nach dem Krieg in Argentinien unter, wie viele ehemalige Nazis. Im Mai 1960 wurde er durch Agenten des israelischen Geheimdienstes aufgespürt, entführt und nach Israel verbracht. Im Februar 1961 begann dort der Prozess gegen ihn, er wurde zwei Jahre später zum Tode durch den Strang verurteilt und hingerichtet.

In der Gedenkstätte am Wannsee liegt die Mitschrift des Verhörs aus, welches der israelische Polizeibeamte Avner W. Less nach Eichmanns Festnahme durchführte. Es dauerte sieben Monate. Adolf Eichmann bestritt seine aktive Tatbeteiligung an der millionenfachen Vernichtung der Juden und behauptete, er wäre nur blind den Befehlen von Hitler, Himmler und Göring (die bekanntlich zu diesem Zeitpunkt bereits tot waren) gefolgt und hätte nichts gewusst von irgendwelchen Gräueltaten. Doch Avner Less gelang es, gemeinsam mit den Ermittlungsbehörden die Lügen Eichmanns zu widerlegen. Im Zuge dieser Ermittlungen stellte sich außerdem heraus, dass auch Avner Less´ Vater nach Auschwitz deportiert und ermordet wurde.

Wer die Gedenkstätte „Haus der Wannseekonferenz“ besuchen will, sollte viel Zeit einplanen und sich am besten einer Führung anschließen. Auf diese Weise erhält jeder Besucher eine sehr gute Nachhilfe in Geschichte. Auch wenn man glaubt, schon alles über den Holocaust zu wissen, erfährt man bei einem solchen Besuch immer noch etwas Neues.

Sigrid Mertineit

AfD: Keine „Alternative für Deutschland“

Die AfD grenzt sich zwar noch von Rechtsextremisten ab, aber ihr Programm ist gegen die Interessen der Lohnabhängigen, Rentner und Erwerbslosen gerichtet. Mit der „Alternative für Deutschland“ hat sich fünf Monate vor der Bundestagswahl eine Anti-Euro-Partei konstituiert. Da laut einer Umfrage 35 Prozent der AfD-Sympathisanten bei der letzten Bundestagswahl die Partei DIE LINKE gewählt haben, sollten wir uns mit dieser Partei auseinandersetzen.

Ein-Punkt-Partei:

Das Programm der AfD spiegelt die Ängste eines unter dem Druck von internationaler Wirtschaftskrise wild gewordenen mittelständischen Unternehmerlagers wieder.

Das Programm besteht im Wesentlichen aus dem Punkt „Raus aus dem Euro“. „Hoffnungslos überschuldete Staaten“ sollten „durch einen Schuldenschnitt entschuldet werden“. Im Programm heißt es auch: „Banken, Hedge-Fonds und private Großanleger sind die Nutznießer dieser Politik. Sie müssen zuerst dafür geradestehen.“

Doch anders als DIE LINKE, die diese Forderung unterschreiben könnte, unterstützt die AfD die mit den Bankenrettungsschirmen verbundenen massiven Kürzungsprogramme und will Merkels Austeritätspolitik noch verschärfen.

Sie fordert „die Schuldenbremse zu achten ....“, will bei Steuern einen die Gutverdienenden und Reichen entlastenden Grenzstufentarif von 15, 20 und 25 Prozent für alle Einkommensgruppen einführen und den Staat so ärmer machen. Wo gespart werden soll, verschweigt das AfD-Programm, um keine potentiellen Wähler abzuschrecken.

Ein stellvertretender Parteisprecher spricht sich gegen den „deutschen Pazifismus“ und für eine höhere Kriegsbereitschaft aus.

Die Forderungen der Partei zur Migrationspolitik liegen durchaus im mainstream – nützliche Zuwanderer Ja, unnütze Zuwanderer Nein.

Innerhalb weniger Wochen haben sich über 8500 Mitglieder der AfD angeschlossen. Sie kommen – in dieser Reihenfolge – aus CDU, FDP, SPD, CSU Piraten und Grünen. Gründungsmitglieder wie der ehemalige BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel oder der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Thyssen-AG, Dieter Spethmann, kommen aus der Wirtschaft. Für Parteiämter kandidieren fast ausschließlich Akademiker, wie Juristen, Zahnärzte, Diplomkaufmänner und mittelständische Unternehmer. Lohnabhängige und Arbeiter sind keine darunter. Zahlreiche Ökonomieprofessoren sind Unterstützer und Berater.

Wählerinnen- und Wählerpotential:

Überdurchschnittlich hohe Zustimmung findet die AfD bei bisherigen Wählern der LINKEN und der Piraten. So wählten einer YouGov-Umfrage zufolge 35 Prozent der AfD-Sympathisanten bei der Bundestagswahl 2009 DIE LINKE.

Verhältnis zu Faschisten:

Ihre nationalistisch begründete Ablehnung des Euro-Regimes und die unter einigen Funktionären verbreitete Ablehnung des als „Politische Korrektheit“ geschmähten respektvollen Umgangs mit Minderheiten bieten Einfallstore nach rechtsaußen.

Positionen prominenter AfD-Mitglieder:

Forderungen:

- Hartz-IV-Beziehern das Wahlrecht aberkennen
- Zwangsunterweisungen für Hartz-IV-Bezieher
- Blut und Eisen gegen deutschen Pazifismus
- Weitere Lohnsenkungen und Arbeitszeitverlängerungen.

Handlungsempfehlung:

Um die AfD nicht unnötig bekannt zu machen, sollte DIE LINKE nicht aktiv gegen diese Partei in der Öffentlichkeit agieren, aber auf Nachfrage Stellung beziehen. Bernd Riexinger nannte die AfD „die derzeit gefährlichste Partei am rechten Rand“. Die AfD sei „keine Alternative für Deutschland, sondern eine Partei gegen Arbeitnehmer, Rentner und Erwerbslose“.

Dabei muss DIE LINKE deutlich machen, dass gerade die Agenda 2010-Politik der Bundesregierungen mit Hartz-IV und Reallohnsenkungen zu dem ökonomischen Ungleichgewicht innerhalb der Eurozone geführt hat, das nun schwächere Volkswirtschaften in den Ruin getrieben hat.

Ulla Jelpke
(stark gekürzt von Dietrich Loeff)

Der Volltext findet sich bei http://www.dielinke-mkk.de/fileadmin/kvmainkinzig/pdf/2013/Alternativef%C3%BCrDeutschland.pdf

Leserbrief

Rapide Steigerung der Energiepreis

Liebe Mitstreiter,

zu einem wichtigen sozialen Problem möchte ich Euch meinen Standpunkt mitteilen.

Es ist gut für uns und die Umwelt, dass mit der Energiewende in Deutschland immer mehr umweltfreundlicher Strom, zum Beispiel aus Wind und Sonne, produziert wird, und der Ausbau der notwendigen Stromnetze vorangetrieben wird.

Nun steigt zum Beispiel bei Vattenfall durch die EEG-Umlage der Verbraucherpreis von bisher 16,8 auf 26,7 Cent/kWh. Das ist eine unerträgliche Steigerung auf 158 Prozent.

Das betrifft alle Bürger unseres Landes. Und diese enormen Erhöhungen sollten wir nicht einfach so hinnehmen. Wir fordern vom Staat eine Umverteilung der finanziellen Mittel, denn für Rüstung und Krieg ist genügend Geld vorhanden.

Schaffen wir im Vorfeld der Bundestagswahlen eine breite gesellschaftliche Front durch vielfältige Aktionen gegen diese rapide Erhöhung nur auf Kosten der kleinen Leute.

Text: Werner Wendisch,
Bild: www.check24.de

Bücherverbrennung und Tag der Befreiung

„Beim Hungern und beim Essen, vorwärts und nie vergessen: die Solidarität!“. Dieses weltbekannte Lied schallte am 8. Mai durch das piccolo Theater in Cottbus. Es sollte nicht das einzige Gedicht von Bertolt Brecht bleiben, denn „Der Zweckdiener“ wurde ebenfalls vorgetragen. Aber auch Erich Kästner war mit seiner „Sachlichen Romanze“ vertreten. Es wurde zu einem wahren Stelldichein von alten Meistern, jener aufrechten Intellektuellen, die am 10. Mai 1933 von den Nationalsozialisten beschimpft und deren Bücher auf den Scheiterhaufen geworfen wurden.

Doch warum gedachte man der Bücherverbrennung nicht am 10. Mai – genau 80 Jahre, nachdem sie geschehen war? Wie jedes Kind weiß, ist der 8. Mai ein viel wichtigeres Datum in der deutschen Geschichte: Der Tag der Befreiung von Krieg und Faschismus. Deswegen gedachte man zuvor im Puschkinpark auch der Opfer des Weltkrieges und des Holocaust. Doch was mussten wir dort feststellen? Gewaltbereite Neonazis hatten das Denkmal mit Farbe besprüht! Solche Feiglinge aber auch, öffentlich zeigen tun sie sich nicht!

Von den Vortragenden hat mir übrigens Matthias Heine am besten gefallen, denn der konnte mit seiner lauten Löwenstimme die Nazis gleich wegpusten. Auch er zitierte, wie kann es anders sein, den großen Brecht: „Wäre es da nicht doch einfacher, die Regierung löste das Volk auf und wählte ein anderes?“ Uns würde es ja schon reichen, wenn die Bundesregierung endlich die Verbrecherorganisation NPD auflösen würde. Damit würde eine große gesellschaftliche Bedrohung verschwinden. Bedroht wurde auch Thomas Mann. Schon im Sommer 1932, also deutlich vor der eigentlichen „Machtergreifung“, bekam er ein verbranntes Exemplar seiner Buddenbrooks zugeschickt. Die Vorträge bei der Buchlesung förderten aber auch ein weiteres interessantes Detail zu Tage: Die Bücherverbrennung vom Mai 1933 dürfte man streng genommen gar nicht als solche bezeichnen. Die meisten herangeschleppten Bücher verließen den Opernplatz in Berlin nämlich wieder unbeschädigt – sie wurden von Nazis mitgenommen, die heimlich ganz gerne mal einen verbotenen Schmöker aus der Feder eines Ernest Hemingway oder Kurt Tucholsky lasen. Und da packten sie die Gelegenheit am Schopfe, als zahlreiche geraubte Bücher aus vormals jüdischem Besitz auf einem öffentlichen Platz zusammen getragen wurden, wo sich jedermann kostenlos daran bedienen konnte. Anstatt Bücherverbrennung sollte man diese Aktion also eher als den ersten großen Kunstraub der Nazis bezeichnen, auf den noch viele weitere folgen sollten: Unter der euphemistischen Bezeichnung „Trophäenkunst“ entwendeten die Nazis unzählige Kunstgegenstände aus Frankreich, der Sowjetunion und anderen besetzten Ländern, hauptsächlich zur persönlichen Bereicherung von Nazigrößen wie Hermann Göring.

Wie es der Zufall einmal will, wurde am 14. Mai in der Uni-Bibliothek auch noch eine inhaltlich passende Ausstellung eröffnet. Sie trägt den Titel „Welt. Krieg. Erbe.“ Ein Teil der Ausstellung beschäftigt sich auch mit der literarischen Aufarbeitung der Kriegserlebnisse durch Heinrich Böll und andere Autoren. Dort erfährt man, dass das 20. Jahrhundert für lange Zeit geprägt war von „neuen“ Literaturstilen wie der Trümmerliteratur oder von der Hermetischen Lyrik. Damit haben die Nazis das erreicht, was sie mit der Bücherverbrennung beabsichtigten: Sie haben die Literatur nachhaltig verändert, wenn auch nicht in ihrem Sinn. Haben sie es also doch noch geschafft! So ein Mist!

Paul Kurzmann

Gedenken zum „Tag der Befreiung“ in der Puschkinpromenade

1. Offenes Linkes Treffen

Zusammensein und Kennenlernen

„Die Idee ist, dass wir linke Menschen aus Cottbus zusammenbringen, die sonst kaum etwas miteinander zu tun haben - nicht mehr und nicht weniger.“

Liebe Freundinnen und Freunde, Genossinnen und Genossen und Interessierte,

ob Antifaschismus, soziale Kämpfe, Gewerkschaftsarbeit, Umweltbewegung, Flüchtlingsproteste, Queer-Feminismus, linke Subkultur oder gleich das Große Ganze – vieles läuft in eine ähnliche Richtung, und trotzdem meistens nebeneinander her.

Deshalb wollen wir ein Treffen für gemeinsamen Austausch und Vernetzung der linken Organisationen und Einzelpersonen in Cottbus und Umgebung etablieren.

Unsere Idee ist, dass wir etwa alle zwei Monate einen gemeinsamen Raum schaffen, der es uns ermöglicht, in angenehmer Atmosphäre miteinander in Kontakt zu kommen.

So können sich Beteiligte gegenseitig über aktuelle und zukünftige Aktivitäten informieren, Termine abstimmen und für Unterstützung werben. Gegebenenfalls lassen sich gemeinsame Aktionsschwerpunkte finden, und das Miteinander wird gestärkt.

Das erste Treffen findet am Samstag, 22. Juni, um 14.45 Uhr im Strombad (Stromstraße 14) oder bei schlechtem Wetter im Infoladen Wild-OST (Parzellenstraße 79) statt.

Nach etwa zweistündiger Schaffenszeit wollen wir zusammen essen (bei schönem Wetter grillen).

Es wäre schön, wenn ihr Leckereien zum Teilen mitbringt.

Ablauf:

1. Sich/die Organisation kurz vorstellen
2. Grundsätze fürs OLT festlegen
3. Aktuelles von den Beteiligten
4. Sammeln von Terminen
5. Festlegungen für das nächste Treffen

Erik Hofedank, Initiativgruppe

Gegen das Vergessen und zum Gedenken an die Bücherverbrennung durch die Nazis 1933

„Wo man Bücher verbrennt, dort verbrennt man am Ende auch Menschen.“ Heinrich Heine bekam recht.

In vielen deutschen Städten brannten die Scheiterhaufen mit Werken der Literatur und Wissenschaft, Schriftsteller und Autoren erhielten Schreibverbot, wurden bedroht und ins Exil getrieben.

Was Goebbels am 10. Mai 1933 in Szene gesetzt und Alfred Rosenberg, der „wider den undeutschen Geist“ eifernde Chefideologe des Nationalsozialismus, mit seinem Kampfbund für Deutsche Kultur vorbereitet hatte, war dennoch nicht das Ende der modernen Literatur. Den Nazis gelang die Kontrolle des literarischen Marktes. Verlagswesen, Reichkulturkammer und Börsenverein des Deutschen Buchhandels wurden ihren Zielen dienstbar gemacht.

Gedenkveranstaltung im Cottbuser „Piccolo Theater“ – der Andrang war groß, jedem Einzelnen stand ins Gesicht geschrieben, dass man entschlossen ist, solch ein vorab geschildertes Szenario nie wieder zuzulassen. Beeindruckend die gute Mischung des Publikums: Junge Zuhörerinnen und Zuhörer, bis zu Denjenigen, die diese Zeit noch aus eigenen Erleben schildern können. Das Team um Reinhard Drogla, Leiter des „Piccolo Theaters“, professionell wie gewohnt, setzte kurzerhand noch eine zusätzliche Stuhlreihe ein, um alle Gäste einlassen zu können.

Bücherbündel von der Bühnendecke des „Piccolo Theaters“ hängend, von den 13 Leserinnen und Lesern zu Beginn der Veranstaltung in Schwingung versetzt, in gefährliches Schwingen – gerade so, als wollten die Akteure aus Politik, Kultur, Kunst und Wissenschaft in 90 Minuten gut darauf achten, dass sie nicht fallen, ins Feuer fallen.

In Reihe sitzend die Vorleserinnen und -leser – generationsübergreifende Mischung – jeder eine kleine Lampe vor sich ... Von Michael Becker – Schauspieler am Staatstheater Cottbus bis hin zu Prof. Dr. Walther Zimmerli, Präsident der BTU Cottbus, Vertreterinnen und Vertreter des Jugendclubs des „Piccolo-Theaters“, zwei Geschäftsbereichsleiter der Verwaltung und andere – sie alle stellten sich diesem Thema – sie alle zeigten „Gesicht“.

Gänsehaut pur: Stille im Publikum, nachdenkliche Stille, man hätte eine Nadel zu Boden fallen hören können.

Eine wohl bedachte Auswahl an Texten, umrahmt mit Musikstücken von Detlef Bielke (Piano) und Lou Schulz (Saxophon), die die Zuhörerinnen und Zuhörer von besinnlich bis in heitere Stimmung versetzten. Texte wie das „Solidaritätslied“ (Berthold Brecht) – das gleich vier Leserinnen und Leser mit erhobener Stimme vortrugen, und das ich mit meinen Klassenkameraden im Musikunterricht in der Polytechnischen Oberschule gelernt habe, Werke von Ringelnatz, die mich immer wieder zum Schmunzeln anregen „Im Park“ oder „An M.“ bis hin zu von Frau Dr. Martina Münch gelesenem Text „Rückblick auf Barbarei und Bücherverbrennung“ von Arnold Zweig aus dem Jahre 1934 und der sich anschließenden Goebbels-Rede, die blechern aus den Lautsprechern des Theaters schallte: Beängstigend.

Am Ende der Lesung versetzten die Lesenden die Bündel erneut in Bewegung, selbstbewusst, überzeugt davon, dass die demokratischen Kräfte nie wieder zulassen werden, dass Bücher brennen – nie wieder darf und wird so etwas passieren, die Bündel sind sicher verankert in der Bühnendecke und werden nicht ins Feuer fallen.

Ich muss gestehen: Das erste Mal eine Veranstaltung, die zum Gedenken an die Bücherverbrennung 1933 stattfand, besucht zu haben – mangelnde Zeit. Künftig werde ich dabei sein – so viel Zeit muss sein.

Anne Jendreyeck

Bertolt Brecht

Die Bücherverbrennung

Als das Regime befahl, Bücher mit schädlichem Wissen
Öffentlich zu verbrennen, und allenthalben
Ochsen gezwungen wurden, Karren mit Büchern
Zu den Scheiterhaufen zu ziehen, entdeckte
Ein verjagter Dichter, einer der besten, die Liste der
Verbrannten studierend, entsetzt, daß seine
Bücher vergessen waren. Er eilte zum Schreibtisch
Zornbeflügelt, und schrieb einen Brief an die Machthaber.
Verbrennt mich! schrieb er mit fliegender Feder, verbrennt mich!
Tut mir das nicht an! Laßt mich nicht übrig! Habe ich nicht
Immer die Wahrheit berichtet in meinen Büchern? Und jetzt
Werd ich von euch wie ein Lügner behandelt! Ich befehle euch, Verbrennt mich!

Eine Nachbetrachtung

Als die Flammen Bücher fraßen

Da gibt es die, die schlagen
Da gibt es die, die rennen
Da gibt es die, die zündeln
Da gibt es die, die brennen.

Da gibt es die, die wegsehn
Da gibt es die, die hinsehn
Da gibt es die, die mahnen:
Wer hinsieht, muss auch hingehn.

(Aus dem Postkartenkalender „Fliegende Wörter 2013“ Daedalus Verlag)

80 Jahre ist es jetzt her, dass auf dem Berliner Opernplatz, dem heutigen Bebelplatz, am 10. Mai die Flammen hochschlugen. Die „intellektuelle Elite“, die NS-Studentenschaft, inszenierte ein bizarres Staatsschauspiel: In hohem Bogen flogen die besten Werke vorwiegend deutscher Autoren auf den Scheiterhaufen - unter eifriger Zustimmung der meisten Professoren. Vernichtet, zerstört, verbrannt werden sollte das literarische Erbe, das Hunderttausende begeisterte Leser hatte.

„Wenn es Goebbels gelingt“, schrieb damals der elsässische Schriftsteller René Schickele, „unsere Namen von den deutschen Tafeln zu löschen, sind wir tot... Schon die nächste Generation wird nichts mehr von uns wissen.“ Er irrte sich nicht. Als die braune Pest vorüber war, kannte unter den im Nationalsozialismus Erzogenen kaum einer mehr Thomas und Heinrich Mann, war ihnen in der Literatur weder Franz Werfel noch Arnold Zweig, Erich Maria Remarque oder Leonhard Frank begegnet. Menschen wie der Nazi-Bibliothekar Wolfgang Herrmann hat mit seiner „Schwarzen Liste“, der Liste der verbotenen Bücher, dazu keinen unerheblichen Beitrag geleistet, dass die großen Literaten der zwanziger Jahre ins tiefe Loch fielen.

Die vertriebene deutsche Literatur, die Werke von gestern und die Werke, die im Exil entstanden waren, gab es nur dort, wo Hitlers Armeen nicht hinkamen. Wer Heine war, das wussten die Soldaten der Roten Armee gut. Die Deutschen wussten es nicht. Die Amerikaner aber hatten nach der Landung in der Normandie bei sich eine Übersetzung von Seghers „Das siebte Kreuz“, geschrieben in Frankreich, gedruckt und verfilmt in den USA. Man sollte doch wissen, was einen jenseits der Grenze erwartete.

Im besiegten Deutschland war nachher nichts mehr wie zuvor, am wenigsten die Literatur. Man las nicht das, was vor 1933 gefallen und gegolten hatte, holte nicht auf, was im Exil entstanden war.

Ja, man beschäftigte sich auch denkbar wenig mit dem, was der deutschen und jüdischen Literatur in der Zeit des Faschismus angetan worden war.

Umso dankbarer sollte man Menschen wie dem Fotografen Jan Schenck sein, der Bücher aus ganzem Herzen liebt und dem es eine unerträgliche Vorstellung ist, sie brennen zu sehen, wie das vor 80 Jahren in einer konzertierten Aktion der Nazis „Wider den undeutschen Geist“ geschah. Diese menschen- und bücherfeindliche Aktion ist inzwischen gut dokumentiert. Aber kaum bekannt sind die Orte deutscher Schande, an denen die Bücher brannten. Diese Lücke will Schenck füllen. Er hat bisher mindestens 92 Örtlichkeiten ausfindig gemacht und will einen Atlas der verbrannten Orte erstellen – ein Archiv im Internet mit einer Karte und Fotos.

Ein wichtiger Beitrag im Kampf gegen alte und neue Nazis, ganz im Sinne der Fliegenden Blätter: Wer hinsieht, muss auch hingehn!

G. Krönert

Sie waren wieder beisammen

Traditionell trafen sich im Mai Gleichgesinnte aus der Basisgruppe Linke-Journalisten zu ihrem „LR“-Treff im Cottbuser Klub der Volkssolidarität. Es war dieses Jahr das 18. Treffen.
Bild links: Ilse Ullmann (r.) vom Organisations-Team begrüßt die älteste Teilnehmerin, Waltraud Hubain. Bild rechts: Haben sich immer viel zu erzählen: Karl und Ilse Pohl, Heidi Grasnick, Erika Pchaleck, Walter und Brigitte Schulz (v.l.n.r.) *Fotos: Harald Müller*

Termine

4.6. **18.00 Uhr AG Soziales**
Geschäftsstelle
18.00 Uhr Beratung der Kreistagsfraktionsvorsitzenden
Landtag Potsdam

7.6. **16.00 Uhr IG Politische Bildung**
Geschäftsstelle

9.6. **15.00 Uhr Chorfest**
Blechenpark

10.6. **18.30 Uhr Kreisvorstandssitzung**
Geschäftsstelle

12.6. **18.00 Uhr Ortsvorstand Cottbus**
Geschäftsstelle

14.6.-16.6. Bundesparteitag
in Dresden

17.6. **18.00 Uhr Fraktionssitzung**
Geschäftsstelle

20.6. **15.00 Uhr Diskussion mit dem Europaabgeordneten Helmut Scholz: „Wie weiter mit der EU?“**
„Brandenburger Hof“

22.6 **19.00 Uhr 6. attac-Filmnacht „Lange Nacht - wissen was die Lobby macht“**
Bühne acht, Campus der BTU Cottbus, im Zwischenbau V

24.6. **16.00 Beratung KPF**
Geschäftsstelle
18.00 Uhr Fraktionssitzung
Geschäftsstelle

26.6. **14.00 Uhr Stadtverordnetenversammlung Cottbus**
Stadthaus

27.6. **18.00 Uhr Beratung des Kreiswahlteams**
Geschäftsstelle

29.6. **Frauenkonferenz: „Brandenburgs Zukunft ist weiblich“**
Potsdam

2.7. **18.00 AG Soziales**
Geschäftsstelle

7.6. **16.00 Uhr IG Politische Bildung**
Geschäftsstelle

8.7. **18.30 Uhr Kreisvorstandssitzung**
Geschäftsstelle

Wir gratulieren zum Geburtstag

Juni

Zum 90. Gregor, Elfriede (22.6.)

zum 89. Fechner, Heinz (14.6.)
Soremba, Ursula (6.6.)

zum 88. Rendelmann, Hans (27.6.)

zum 85. Petersohn, Ingeborg (14.6.)
Siewert, Ursula (9.6.)

zum 84. Duckwitz, Wolfgang (1.6.)
Kühlewind, Eva (10.6.)
Uschkamp, Irma (3.6.)

zum 83. Michel, Ruth (29.6.)

zum 82. Kraska, Ursula (12.6.)
Ruschenski, Heinz (4.6.)

zum 80. Raabe, Gerda (14.6.)
Wohlfeld, Manfred (30.6.)

zum 75. Schöne, Ingeburg (17.6.)

zum 60. Andrecki, Rainer (18.6.)

Juli

Zum 86. Mattigk, Anni (12.7.)

zum 85. Strnad, Walter (5.7.)

zum 84. Swensson, Harald (2.7.)
Irrgang, Gerda (5.7.)
Pötsch, Margot (10.7.)
Schmidt, Walter (11.7.)

zum 82. Garbe, Christa (5.7.)

zum 55. Flamann, Andreas (3.7.)
Bierbaum, Frank (5.7.)

zum 50. Loeff, Reinhard (6.7.)

Anlässlich meines 90. Geburtstages möchte ich mich bei allen Genossen herzlichst bedanken.

Besonders danke ich dem Ortsvorstand, der AG Senioren und der BO Branitz.

Genosse Reinhard Dockter

Zur „Leseecke“

In der „Leseecke“ auf der Internet-Seite www.dielinke-lausitz.de veröffentlichen wir Artikel, die wir nicht ins „Herzblatt“ aufnehmen konnten. Diesmal sind es folgende Beiträge:

- **Marga Voigt:** „Clara Zetkin“
- **Christine Buchholz:** „Die neue Bundeswehr - Werbung und Wirklichkeit“
- **Thomas Nord:** „Eine Alternative für Deutschland?“
- **www.linksfraktion.de.** „NSU-Untersuchungsausschuss“
- **Interview mit Petra Pau:** „Bislang war die NSU-Nazi-Mordserie einmalig“
- **Jürgen Maresch:** „Europäischer Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung am 5. Mai“
- **René Lindenau:** „Rechtswege in Sachen NSU“

Glossiert

„Du kommst aus Cottbus, wenn...“

So lautet die neue Image-Kampagne des Stadtmarketing- und Touristenverbandes. Auf drei Plakatmotiven, die in der Stadt hängen, wird der obige Satz beispielsweise durch die Formulierung ergänzt: „...Du bei den Pyramiden zuerst an Branitz und dann an Ägypten denkst.“ Wirklich putzig! Verbunden ist diese Plakataktion mit der Aufforderung, weitere Sprüche zu sammeln.

Ich hätte da einen Vorschlag: „Du kommst aus Cottbus, wenn Du beim zweiten Bauabschnitt für das Blechen-Carré zuerst an BER und dann an Schoppen denkst.“

Tejo

Impressum

Herausgeber:
DIE LINKE. Lausitz, Kreisvorstand
03046 Cottbus, Straße der Jugend 114
Telefon: (03 55) 2 24 40

V.i.S.d.P.: Jürgen Siewert

Redaktion: Annely Richter, Horst Wiesner

E-Mail: *herzblatt@linkspartei-cottbus.de*
homepage: **www.dielinke-lausitz.de**

Redaktionsschluss Juli-Ausgabe:

21. Juni